

Nepal im Übergangsprozess

Politische Aspekte im 1. Halbjahr 2007 / von Karl-Heinz Krämer

Fünfzehn Monate nach der Volksbewegung vom April 2006 lahmt der Übergangsprozess noch immer. Während die Volksbewegung erhobene Forderungen und die sich anschließenden Versprechungen der Politiker und Parteien zügig umgesetzt worden, hätten die angestrebten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung in diesem Sommer über die Bühne gehen können. Leider sind die Politiker rasch wieder in ihre Mentalität von vor dem königlichen Putsch vom 4. Oktober 2002 zurückgefallen und streiten sich um Posten, Lappallien und Prämien.

Die so notwendige juristische Abrechnung mit den Verbrechen der Vergangenheit erfolgt nicht, weil sie von den nun politisch Verantwortlichen ähnlich abgelehnt wird wie damals im Jahre 1990 nach der ersten Volksbewegung. Die Führer der Maoisten haben sich zwar formal dem Übergangsprozess angeschlossen und sind an Parlament und Regierung beteiligt, aber ihr Fußvolk bleibt weiterhin unberechenbar und neigt zu Militanz und Selbstjustiz. Derweil bilden sich andere militante Gruppen des linken, aber auch des konservativ-royalistischen Spektrums und mißbrauchen die Folgen der heute unvermindert praktizierten Nicht-Inklusivität des nepalischen Staates zur Durchsetzung ihrer eigenen, zum Teil separatistischen Interessen. Dies ist die prekäre Lage in der sich Nepal nun auf die für den 22. November 2007 festgesetzten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung vorbereiten soll. Fazit eines Führers der zivilrechtlichen Bewegung: »Das Land ist weder reif – sicherheitsmäßig, finanziell und logistisch –, noch inhaltlich vorbereitet für diese Wahlen«.

Verfassung und Parlament

Die Verfassung wurde zwar erst Mitte Februar nach langem Ringen von den acht Parteien verabschiedet, hat aber bereits zwei Veränderungen erfahren. Aber auch letztere haben die Forderungen der ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen nur ansatzweise berücksichtigt. Die unbedingt notwendige Aufgabe von Macht und Privilegien seitens der alle politischen Parteien dominierenden männlichen Staatselite wird auch durch die nun zweimal gesänderte Übergangsverfassung vermieden.

Das Übergangsparlament bezieht seine Legitimation einzig und allein aus der Volksbewegung vom April 2006. Folglich sollte es deren Forderungen und Anliegen

gen zügig umsetzen. Statt dessen aber wurde auch in den letzten Monaten das Parlament in der schon aus den 90er Jahren bekannten Weise zur Durchsetzung von Machtinteressen und Privilegien mißbraucht und von Parlamentarismus und Parteien wiederholt boykottiert. Da alle Parlamentarier nicht gewählt sondern nominieren wurden, gehört eigentlich jeder Abgeordnete ausgeschlossen, der die Erfüllung der ihm zugewiesenen Aufgabe ablehnt.

Regierung

Die aus vielen Parteien bunt zusammengewürfelte Regierung hat enorme Probleme, zu einer einheitlichen Linie zu finden. Nur einige wenige Minister treten durch konstruktives Engagement in Erscheinung. Als negativ erweist sich auch, daß besonders positiv aufgefallene Minister der vorhergehenden Regierung nicht mehr berücksichtigt wurden, während der am meisten kritisierte Minister jener Regierung, Innenminister Sitaula, im Amt blieb und weiterhin in der Kritik steht. Kraft seines Amtes lastet ihm die Nichtbewältigung der Tarai-Krise besonders an.



Upendra Yadav, Vorsitzender des Madhesi Janadhihar Forum, während einer Pressekonferenz, 3.2.2007

Der alternde Premierminister Koirala hat die Harmonie innerhalb der Regierung durch vorzeitige und unbedachte Äußerungen wiederholt gestört. Besonders seine Stellungnahmen zu einem Erhalt der Monarchie haben großen Widerspruch geerntet. Girija Prasad Koirala verschiebte sich gar zu dem Vorschlag, Gyanendra solle zugunsten seines kleinen Enkels den Thron aufgeben. Ob das Amt des Regenten dann weiterhin beim abgedank-

ten König, dessen ungeliebtem Sohn Paras oder aber in den Händen des Premierministers, also Koiralas, liegen sollte, ließ er offen. Auch Koiralas offene Unterstützung für offensichtlich korrupte Spitzenfunktionäre haben dem Ansehen des Premierministers geschadet.

Die größte Kritik aber betrifft die unverantwortliche Verzögerung des Übergangsprozesses. Alle an der Regierung beteiligten Parteien und Politiker haben dazu beigetragen, daß die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung nicht Mitte Juni stattfinden konnten. Nun sind es erneut nur noch vier Monate bis zum festgesetzten Wahltermin am 22. November, aber es mangelt immer noch an vielen notwendigen Gesetzen und Regelungen zur Durchführung dieser Wahlen. Diese im Parlament einzubringen, wäre die vorrangige Aufgabe der Übergangsregierung. Genauso wichtig wäre eine gezielte Information für die Bevölkerung hinsichtlich Zweck und Ablauf des Wahlen; auch hier Fehlanzeige.

Parteien

Die Parteien und ihre Führer erweisen sich als eines der größten Hemmnisse für den Erneuerungsprozess. Die Acht-Parteien-Allianz, in deren Händen die Regierungsgeschäfte liegen und die auch das Parlament in erdrückender Weise dominiert, zeichnet sich oft durch Uneinigkeit untereinander aus. Zumindest bei den großen

sen, wenn diese traditionell militante maoistische Praktiken anwendet.

Nur vier Monate vor den geplanten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung drücken sich alle Parteien, mit Ausnahme vielleicht der Maoisten, vor einer klaren Aussage, wofür sie in dieser Versammlung und damit bei der Neugestaltung des Landes eintreten. Die Stellungnahmen ihrer Spitzenpolitiker sind heute so und morgen so, nie aber wirklich verbindlich. Dies ist ein Affront gegen den Bürger, der darüber hinaus nicht einmal über den Sinn und den Ablauf der Wahlen informiert wird.

Als ein Beispiel möchte ich die Haltung zur Zukunft der Monarchie herausgreifen, über die ja bekanntlich auf der allerersten Sitzung der verfassungsgebenden Versammlung entschieden werden soll. Eine verbindliche Aussage liegt nur seitens der Maoisten vor, welche die Monarchie am liebsten schon vor den Wahlen abschaffen möchten. Bei den übrigen Parteien verstärkt sich zwar immer mehr der offene Trend zur Abschaffung der Monarchie, aber vor allem die beiden Nepali Congress-Gruppen zeigen sich gespalten; während die Basis sich überwiegend gegen das Königstum ausspricht, können viele der Parteiführer ihrer traditionell konservative Haltung einfach nicht ablegen.

Monarchie

Dabei scheint das Schicksal der Monarchie in Wirklichkeit längst entschieden zu sein. Die politische Macht wurde dem König schon kurz nach der Wiedereinsetzung des Parlaments entzogen. Daß er auch keine Rolle mehr im kulturell-religiösen Bereich spielt, wurde spätestens deutlich, als Anfang Juli 2007 Premierminister Koirala die traditionelle Rolle des Monarchen beim Bhojto Jatra, der Präsentation der juwelenbestückten Weste am Ende des Rato-Machhendranath-Festes, übernahm. Auch beim Kumari Jatra im September dürfte sich dieser Rollenwechsel wiederholen.

Nichts aber signalisiert klarer das Ende der Monarchie als der Haushaltsplan für das kommende Jahr, der am 12. Juli vorgelegt wurde. Nicht eine einzige Rupie ist darin für den Palast und die königliche Familie vorgesehen. Nicht, daß die Shah-Familie nicht wohlhabend genug wäre, um ohne die üblichen großen Summen aus dem Staatshaushalt überleben zu können, aber eine Insultation, für die im Haushalt kein Budget mehr vorgesehen ist, ist quasi abgeschafft. Es fehlt nur noch der formelle Schlußstrich, der auf der ersten Sitzung der verfassungsgebenden Versammlung erwartet wird.

Dies wurde auch belegt durch die Feiern zum 60. Ge-



Frauen protestieren gegen ihre fortgesetzte Diskriminierung, 23.4.2007

Parteien »Nepali Congress«, »Nepali Congress (Democratic)« und CPN (UML) gibt es auch Divergenzen innerhalb der eigenen Reihen. Im Prinzip ähnelt die Situation jener von vor dem königlichen Putsch. Der CPN (Maoist) ist vorzuziehen, daß ihre Führer zwar verbal der Militanz abgesprochen haben, daß sie aber die maoistische Basis, insbesondere die Jugendorganisations »Young Communist League« (YCL), gewähren las-



2007 © Megastyle Communications Pvt. Ltd.
Dalits protestieren für gleiche Rechte und eine angemessene Beteiligung am Erneuerungsprozess, 3.6.2007

burtag von König Gyanendra. Vertreter der Acht-Parteien-Allianz erschienen nicht auf der Feier. Auch das diplomatische Chor sagte ab. Nur eiserne Monarchisten und der Monarchie stets nahestehende Politiker wie die der Rastriya Prajatantra Party nahmen teil.

Militanz

Das größte Problem für die geplanten Wahlen dürfte die andauernde Militanz sein, die vor allem im Tarai von diversen Gruppen ausgeht (siehe gesonderten Beitrag von Kosh Raj Koirala). Neben neuerdings auch militant auftretenden monarchistischen Gruppen handelt es sich überwiegend um Tarai-Organisationen, die zum Teil durch Abspaltung von der CPN (Maoist) entstanden sind. Anders als die sonstigen Interessensvertretungen von Minderheiten weisen diese Tarai-Organisationen einen zunehmenden Hang zum Separatismus auf. Sie erklären das Tarai zum Eigentum der indischstämmigen Madhesi-Bevölkerung und lassen dabei völlig außer Acht, daß das Tarai ursprünglich nur von den Tharu und einigen kleineren ethnischen Gruppen besiedelt war und daß sowohl Madhesi als auch die Bevölkerungsgruppen der Berglands erst etwa ab der Mitte des 19. Jahrhunderts in größerer Zahl zugewandert sind.

Die Benachteiligung der Madhesi im modernen Staat Nepal wurde nach 1950 insbesondere durch König Mahendra forciert und auch nach der Demokratisierung von 1990 kaum revidiert. Heute fühlen sich die militanten Führer der Madhesi auch seitens der Maoisten verraten oder benutzen dieses Argument zumindest bei ihrer Agitation; vor allem gilt dies für die maoistischen Splittergruppen des Tarai.

Abgesehen von der andauernden Militanz maoistischer Untergruppen wie der VCL, dürfte von der Separatismusbewegung des Tarai die größte Gefahr nicht nur

hinsichtlich die Durchführbarkeit der Wahlen im November sondern auch mit Blick auf die Zukunft des nepalesischen Staates im allgemeinen ausgehen. Sollten die Wahlen erfolgreich durchgeführt werden können, wird es die Aufgabe der gewählten Vertreter sein, ein System zu schaffen, in dem sich alle Gesellschaftsgruppen des Landes repräsentiert fühlen und an dem sie in gleichberechtigter und angemessener Weise teilhaben. (Siehe hierzu auch den nachfolgenden Beitrag von Dev Raj Dahal)

Umfrage: 90 Prozent wollen wählen

Eine jüngste Umfrage hat ergeben, das über 90 Prozent der Bürger an den für den 22. November dieses Jahres geplanten Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung teilnehmen wollen. Die Erhebung wurde zwischen dem 1. März und dem 15. Mai in 66 Distrikten, 157 VDC, 43 Städten und 1501 Haushalten von »Nepal International Electoral Forum« in Zusammenarbeit mit der »Nepal Law Society« und der »Federation of Community Forestry Users Nepal« durchgeführt.

63 Prozent der Befragten erklärten, sie hätten bisher keine angemessenen Informationen über diese Wahlen erhalten. 41 Prozent machten alle acht Regierungsparteien für die Verzögerung der Wahlen verantwortlich, während 23 Prozent allein den Maoisten die Schuld zuschoben. 22 Prozent sahen keine Verzögerung. 11 Prozent machten den König für die Verzögerungen verantwortlich. Nur 1 Prozent beschuldigte das »Madhesi Janadhikar Forum« hierfür.

Nach derselben Umfrage würden 18 Prozent für die Kandidaten des Nepali Congress stimmen, 14,5 Prozent für die Maoisten, 14,3 Prozent für die CPN (UML), 2,4 Prozent für die konservative »Rastriya Prajatantra Party« und 1,3 Prozent für den »Nepali Congress (Democratic)«. (Dies läßt auf eine große Zahl unentschlossener Wähler schließen; Anm. d. Übers.)

50 Prozent der Befragten sprachen sich für eine sofortige Abschaffung der Monarchie aus, während 29 Prozent für eine Beibehaltung der Monarchie mit eingeschränkter Macht waren. Nur 5 Prozent wollten eine aktive Monarchie (nach der König Gyanendra seit 2001 strebt; Anm. d. Übers.). 13 Prozent ließen diese Frage unbeantwortet.

Rund 50 Prozent konnten mit dem Begriff »Föderalismus« nichts anfangen. 16 Prozent sprachen sich klar für ein solches System aus, 10 Prozent waren dagegen.

QUELLE: Nepal News 07.09.07; Übers.: Kath-Heinz Krämer